

## Kleine Anfrage

des Abgeordneten Klaus Hammer (SPD)

und

## Antwort

des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

### Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit durch Berufsausbildung in Verbundsystemen

Die Kleine Anfrage 1683 vom 1. September 1998 hat folgenden Wortlaut:

Im Rahmen einer Ausbildungsplatzinitiative der Stadt Mainz im Februar 1997 wurde unter anderem geprüft, ob die Zahl der Ausbildungsplätze durch die Etablierung eines Ausbildungsverbundsystems mit anderen Stadt- und Kreisverwaltungen erhöht werden könnte. Mittlerweile konnte eine entsprechende Vereinbarung zwischen der Stadt Mainz und weiteren Verwaltungen getroffen werden, die die finanzielle Beteiligung an einer Ausbildung im gemeinsamen Verbund vorsieht. So kann die Zahl der Ausbildungsplätze erhöht und das Spektrum der Ausbildungsberufe erweitert werden.

Dies vorausgeschickt, frage ich die Landesregierung:

1. Welche Erfahrungen gibt es in Rheinland-Pfalz mit ähnlichen Verbundsystemen?
2. Sieht die Landesregierung durch die Einführung von Ausbildungsverbänden Chancen zur Erhöhung des Ausbildungsplatzangebots insbesondere in strukturschwachen Regionen?
3. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung zur Unterstützung von Ausbildungsverbundsystemen?
4. Beurteilt die Landesregierung einen gezielten Ausbau von Verbundsystemen unter aktiver Beteiligung des Landes insbesondere in strukturschwachen Regionen als sinnvoll?

Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 23. September 1998 wie folgt beantwortet:

Zu Fragen 1, 2 und 3:

Die Landesregierung sieht in der Verbundausbildung ein Instrument, neue Ausbildungsplätze durch Nutzung von brachliegenden Kapazitäten zu schaffen und zugleich kleinen und mittleren, oftmals spezialisierten Betrieben den Weg zu eröffnen, ihr eigenes Fachpersonal kostengünstig auszubilden. Ferner kann im Rahmen der Verbundausbildung die Vermittlung von Handlungs- und Sozialkompetenz einen besonderen Stellenwert einnehmen. Eine Förderung von Ausbildungsverbänden kann neben anderen Maßnahmen insbesondere in den strukturschwachen Gebieten zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze beitragen.

Die Landesregierung unterstützt bereits betriebliche Ausbildungsverbände in den Arbeitsamtsbezirken Bad Kreuznach, Kaiserslautern, Landau und Pirmasens mit finanziellen Mitteln. Hierbei handelt es sich um Betriebe der gewerblichen Wirtschaft, die zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen haben. Darüber hinaus fördert das Land die Einstellung von Ausbildungsplatzwerbern durch die Kammern, die spezialisierte Betriebe u. a. über die Möglichkeit der Bildung von Ausbildungsverbänden gezielt beraten. Außerdem werden Verbundkoordinatoren gefördert, um den hohen Koordinations- und Informationsaufwand, der beim Aufbau von Ausbildungsverbänden auftritt, zu tragen.

Eine Übersicht über bestehende Ausbildungsverbände im kommunalen Bereich besteht nicht. Die Stadt Mainz verzeichnet derzeit fünf im Verbund geschaffene Ausbildungsplätze; im kommenden Jahr ist eine geringfügige Ausweitung geplant. Die Landesregierung sieht die Bildung und Finanzierung von Ausbildungsverbänden kommunaler Gebietskörperschaften als eine Aufgabe der betreffenden Partner an.

Zu Frage 4:

Die Landesregierung hält einen gezielten Ausbau von Ausbildungsverbänden in strukturschwachen Regionen für sinnvoll. Sie hat deshalb für den gewerblichen Bereich ein entsprechendes Förderprogramm aufgelegt.

Die Landesregierung steht schon seit längerem mit den kommunalen Spitzenverbänden des Landes wegen Fragen der Ausbildungsbereitschaft der Verbandsmitglieder in Verbindung.

In Vertretung:  
Günter Eymael  
Staatssekretär